Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 13

Artikel: Lateinamerika : heroische Zeit der Demokratie

Autor: Herrera, S.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076966

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lateinamerika:

Heroische Zeit der Demokratie

Die Demokratie in Lateinamerika durchlebt ihre heroische Zeit. Die Phase, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ihren grössten Aufschwung gefunden hat, ist noch im Gange. Der Beginn einer Zeit, in welcher die Demokratie Gefahr liefe, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, ist jedenfalls noch lange nicht abzusehen.

Wir haben in unserm letzten Beitrag (siehe KB, Nr. 12, «Der Unmut unter Demokraten») erklärt, dass die Bevölkerung Lateinamerikas sich jedesmal für Kandidaten demokratischer Richtungen entschieden hat, sofern sie nur Gelegenheit hatte, sich frei zu entscheiden. In den einzelnen Staaten sind diesbezüglich die Ergebnisse freier Wahlen höchst aufschlussreich, und zwar auch dann, wenn es in dieser Beziehung zu nachträglichen «Korrekturen» durch autoritäre Eingriffe kam. Das Ja der Bevölkerung zu den demokratischen Kräften ist sogar um so bemerkenswerter, als diese einen mühsamen Weg ohne billige Lösungen gehen müssen. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die ihnen — wie man wohl sagen kann — von links und rechts in den Weg gelegt werden.

Die endlich geglückte Ablösung

In Venezuela ermöglichten die Wahlen vom Dezember 1963 erstmals in der Geschichte des Landes eine normale Amtsübernahme zwischen zwei frei gewählten Präsidenten. Schon die Durchführung der Wahl war angesichts der bewaffneten kommunistischen Störversuche ein Erfolg. Der zum Präsidenten gewählte Kandidat der Demokratischen Aktion, Raul Leoni, erhielt rund 33 Prozent der Stimmen, der christlichsoziale COPEI-Vertreter Caldera 20 Prozent und der linksdemokratische Kandidat Caldera 19 Prozent. Die Unabhängigen (vor allem Angehörige freier Berufe, die ihren antitotalitären Charakter zur Zeit von Perez Jimenez bewiesen hatten) konnten 16 Prozent der Stimmen auf Uslar Pietri vereinigen, während die übrigen Parteien abfielen.

Bei den Wahlen von 1958, an denen sich die Kommunisten beteiligt hatten, hatten sie nur 84 000 Wähler für sich mobilisieren können, während Betancourt auf nahezu 1,3 Millionen Stimmen kam.

In Chile ergaben die Parlamentswahlen vom 1. März dieses Jahres folgende Sitzverteilung (in Klammern Differenz zu den Wahlen von 1961):

Christlichdemokraten	82	(+ 54)
Radikale	19	(— 20)
Liberale	8	(— 20)
Konservative	3	(— 14)
Sozialisten	15	(wie bisher)
Kommunisten	18	(+ 2)
Diverse	2	(+ 2)

Zur grossen Auseinandersetzung war es in Chile schon zuvor bei den Präsidentschaftswahlen von 1964 gekommen. Damals schwang der christlichdemokratische Kandidat mit 1,4 Millionen Stimmen sehr deutlich über den (kommunistisch unterstützten) Volksfrontkandidaten Allende mit 975 000 Stimmen obenaus.

Neuralgische Punkte

Die letzten freien Präsidentschaftswahlen in der Dominikanischen Republik hatte Juan Bosch (Partido Revolucionario Daminidano, Zentrum links) mit 682 495 Stimmen gewonnen, während auf seinen konservativen Gegenspieler A. Fiallo (Union Civica Nacional) 369 877 entfallen waren.

In Kolumbien sollte ein Rotationssystem abwechslungsweise einen liberalen und einen konservativen Präsidenten an die Spitze des Landes bringen. Der gegenwärtige konservative Staatschef Leon Valencia hat sein Amt 1962 von seinem liberalen Vorgänger Alberto Lleras Camargo für vier Jahre übernommen. Aber das Land geht zurzeit durch eine schwere Krise, die dadurch verschlimmert wird, dass der vorgesehene liberale Nachfolger Carlos Lleras Restrepo seine Kandidatur für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen abgelehnt hat. Die Subversion in der Form linksextremer Guerillatätigkeit ist ein eingefleischtes Uebel dieses Landes, über welchem gleichzeitig die andauernde Gefahr eines Staatsstreiches reaktionärer Art schwebt.

Peru hat zu demokratischen Formen zurückgefunden, die vor einigen Jahren bedroht schienen. Bei den Wahlen von 1962 hatte der Vertreter der (sozialistischen) APRA, Haya de la Torre, gesiegt. Aber militärische Kreise verhinderten seine Amtsübernahme und organisierten neue Wahlen, die diesmal vom zuvor knapp unterlegenen Leader der (gemässigt) sozialistischen Volksaktionspartei/PAP, Belaunde Terry, gewonnen wurden. Um so erfreulicher ist es, dass der Präsident unterdessen sogar das Vertrauen der APRA gewonnen hat. Ihr Generalsekretär Armando Villanueva erklärt heute:

«Das verfassungsmässige System ist in Peru deshalb fest verankert, weil das dem Willen des Volkes entspricht. Und weil die Regierung Belaunde Terry das verfassungsmässige System vertritt, wird sie auch von allen Peruanern gestützt.»

Diese Aussage einer führenden Persönlichkeit jener Partei, die durch Manipulationen zu kurz gekommen war, ist ein beachtenswertes Zeugnis für den Willen, das Erreichte

General a. D. Otto Lasch, letzter Festungskommandant von Königsberg

Zuckerbrot und Peitsche

Ein Bericht aus russischer Kriegsgefangenschaft — 20 Jahre danach
206 Seiten mit Illustrationen, cellophanierter Pappband, **Fr. 12.—**
(Band I in der Reihe «Das Dokument», herausgegeben von Hendrik van Bergh)

«Zuckerbrot und Peitsche» ist der Bericht eines ehemaligen deutschen Generals, der 20 Jahre nach Kriegsende über das berichtet, was er in den zehn Jahren Gefangenschaft in den verschiedensten Lagern, Gefängnissen und Arbeitslagern der Sowjetunion erlebt hat. Der Bericht wurde zur Veröffentlichung nicht deshalb ausgewählt, weil er von einem der höchsten Dienstgrade der ehemaligen deutschen Wehrmacht geschrieben worden ist, sondern weil das Schicksal dieses Offiziers für viele Tausende spricht und weil seine Odyssee der Gefangenschaft zu den dramatischsten und menschlich erregendsten Erlebnissen der Kriegsgefangenschaft gehört.

ILMGAU-VERLAG 8068 Pfaffenhofen/Ilm (Oberbayern) (Bundesrepublik Deutschland)

auch dann anzuerkennen, wenn das Ideal auf dem Wege dazu gelitten hat.

Bei den Wahlen vom Juni 1962, das heisst vor dem Einspruch des Militärs, hatte Raul Haya de La Torre 557 000 Stimmen gegenüber 544 000 Stimmen für Fernando Belaunde Terry erhalten, während es General Mannuel Odria mit seiner eigenen Odriistischen Nationalunion auf 480 000 Stimmen brachte. Die Kandidaten der Christlichdemokraten und der andern Parteien kamen nicht auf 10 Prozent dieser Zahlen. Für die Parlamentsbestellung ergab sich folgendes Bild: 58 Sitze entfielen auf die «Partido del Pueblo/APRA, 50 auf «Partido Accion Popular»/PAP, 26 auf die «Union Nacional Odriista»/UNO (sic) und so weiter.

Der gute Wille genügt nicht

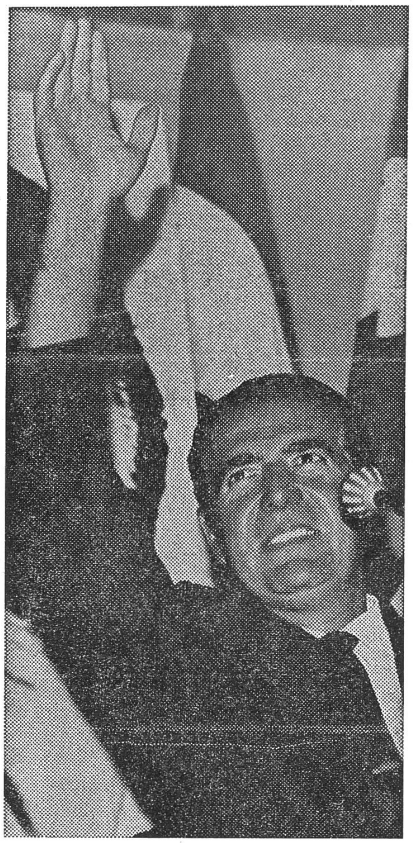
Was sich an den zitierten Zahlen aus verschiedenen Ländern erkennen lässt, ist der Wille zur Demokratie unter der lateinamerikanischen Bevölkerung. Soweit der Wunsch der Mehrheit massgebend ist, haben extremistische Bewegungen nur wenig Aussicht auf diesem Kontinent. Dies einzusehen ist insofern von grundsätzlicher Wichtigkeit, als sich diesbezügliche Skepsis notwendigerweise antidemokratisch auswirken muss. Darnach aber ist eine zweite Feststellung zu treffen: der gute Wille der Bevölkerung genügt nicht.

Es zeigt sich nämlich, dass der Weg zur Demokratie nur dann gangbar ist, wenn er durch wirtschaftliche Fortschritte geebnet wird. Und diese wiederum bedürfen struktureller Reformen, wenn sie mehr darstellen sollen als notdürftiges Flickzeug.

An dieser Stelle will ich das Wort einem bekannten lateinamerikanischen Experten überlassen, dem ehemaligen argentinischen Wirtschaftsminister Raul Prebisch. In einem Vortrag anlässlich der Weltjugendversammlung 1963 sagte er zur Charta von «Punta del Este», die den Grund zum Kennedy-Plan legte, der als «Allianz für den Fortschritt» bekannt ist:

«Was die in der Charta enthaltenen Gedanken angeht, so wird man feststellen, dass sie von Strukturreformen bis zur Planung gehen. Es versteht sich, dass sich in einem internationalen Dokument dieser Art keine Grundsatzentscheidungen auf diesem Gebiet treffen lassen. Es kann sich nur darum handeln, die Notwendigkeit solcher Reformen auszudrücken, die dazu dienen, die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen und die Verteilung ihrer Früchte unter allen Bevölkerungsschichten zu verbessern. Aber in den verschiedenen Ländern vernimmt man zuweilen sehr unterschiedliche Interpretationen bezüglich dessen, was das alles zu bedeuten habe ... Was mich betrifft, so halte ich es für unumgänglich, tiefgreifende Reformen zu verwirklichen, welche soweit gehen, die wirtschaftliche und soziale Strukur Lateinamerikas zu verändern. Die unterschiedlichen Auffassungen aber zeigen, dass die Reformen, so erwünscht sie in Lateinamerika sind, noch keineswegs in einem zusammenhängenden System von Gedanken kristallisiert sind, die geeignet wären, bei all jenen einzusinken, denen die Verantwortung für Politik und Wirtschaftsentwicklung zufällt.

Wie dem nun immer sei, die Strukturreformen bilden ein internes Problem, das jedes Land nach seiner eigenen Art lösen muss. Das wiederum bedeutet freilich keineswegs, dass die Zusammenarbeit unter den verschiedenen Staaten nicht einen beträchtlichen Anreiz zur Verwirklichung der angestrebten Reformen stellte. Dabei muss die Zusammenarbeit genügend weit reichen und muss sich nachhaltig auf jene Länder erstrecken, die fest entschlossen sind, den gegenwärtigen Stand der Dinge zu ändern.



Fernando Belaunde Terry, der Präsident Perus. Er war bei den Wahlen von 1962 zwar dem APRA-Kandidaten Haya de La Torre knapp unterlegen, wurde aber von den Militärs bevorzugt und gewann dann neu angesetzte Wahlen. Immerhin wird ihm auch von APRA-Seite Unterstützung zugestanden, weil unter seiner Präsidentschaft «die Demokratie stark ist».

Planung und Wirtschaftsentwicklung

Und weil es darum geht, die Ordnung der Dinge zu ändern, die wirtschaftliche und soziale Struktur grundlegend umzuwandeln, ist auch die staatliche Planung unerlässlich. Die Staatsplanung hat die Ordnung zu bestimmen, die man erreichen will. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Werte. Im Gegenteil, wenn wir uns vornehmen, die Wohlfahrt, die sich in materiellen Gütern messen lässt, auf einen hohen Stand zu bringen, dann geschieht dies in erster Linie deshalb, um die menschliche Persönlichkeit aufzuwerten, nicht aber deshalb, um sie den Anforderungen eines bestimmten Wirtschaftssystems unterzuordnen. Die Aufwertung des Menschen, die wir durch planwirtschaftliche Methoden erreichen wollen, entspricht denn auch in vollem Ausmass den Grundrechten, die nach einer langen und bewegten Entwicklung in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt worden sind.»

Welche Opfer sind der Wirtschaftsplanung zu bringen und welche nicht? Zu diesen Punkten macht Prebisch die Unterschiede deutlich, die er zwischen den lateinamerikanischen Erfordernissen und Systemen totalitärer Art sieht. Er erläutert das in einer Reihe von Beispielen:

«Wird man die religiösen Gefühle aus dem menschlichen Herzen reissen müssen, um die Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen? Werden wir eine ganze Reihe von Einschränkungen in der schöpferischen Tätigkeit hinnehmen müssen, sei es auf intellektuellem oder künstlerischem Gebiet? Wird sich die Gewerkschaftsbewegung einer staatlichen Allmacht zu beugen haben ..?

Ich glaube nicht, dass irgend jemand bereit ist, diese Rechte zu opfern. Ich glaube nicht, dass irgend jemand bereit ist, den aufsteigenden — wenn auch hindernisreichen — Weg zur Demokratie wieder zurückzugehen, wenn das der Preis für eine schnellere Wirtschaftsentwicklung und eine grössere soziale Gerechtigkeit sein sollte. Man ist sich vielmehr voll bewusst, dass der Weg zur Demokratie noch weit ist, dass er beharrlich fortgesetzt werden muss.

Wenn sich nun aber die Demokratie in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als unwirksam erweisen sollte, und wenn die schweren Spannungen, die sich in Lateinamerika unaufhörlich kundtun, weiterhin anhalten sollten, dann könnten uns die Umstände zwingen, von der Demokratie wieder abzurücken, statt ihr durch eine rasche Hebung des Lebensniveaus näher zu kommen. Das würde den Anschein erwecken, als gebe es eine tragische Unvereinbarkeit zwischen Demokratie und Entwicklung. Aber in Wirklichkeit besteht eine solche Unvereinbarkeit nicht. Es liegt nur an uns, ihr Auftauchen zu verhindern. Denn die zur Beschleunigung der Entwicklung unerlässlichen Strukturreformen werden ein echtes und wirksames Funktionieren der Demokratie nur erleichtern.»

Preissturz der Rohstoffe

Tatsächlich erfordert der in Lateinamerika nachweislich vorhandene Wille zur Demokratie noch die zusätzliche Ergänzung grundlegender Reformen im gesamten Aufbau von Gesellschaft und Wirtschaft, wenn er bestehen will. Dabei ist zu bedenken, dass der Fortschritt an eingefressene und zähe Strukturen brandet, die noch über mächtige Verteidigungsmöglichkeiten verfügen. Hier besteht die Gefahr, dass extremistische Bewegung als wirksamere Alternative erscheinen können. Und das wieder-

Fortsetzung auf S. 11

Der Kommentar

Wir wollen einen Gedanken weiterspinnen, den wir zu Beginn des Leitartikels eingefädelt hatten.

Wer bis vor einer halben Woche gegen Ben Bella war, wurde als Reaktionär, als Konterrevolutionär, als Verräter an der Revolution und der Sache des arabischen Sozialismus angesehen. Heute gelten nach der ebenso gültigen Lesart diese gleichen Benennungen für denjenigen, der für Ben Bella wäre.

Allerdings, seine Anhänger kann man heute suchen. Wohin sind sie nur verschwunden? Sein Generalstabschef, seine Mitkämpfer in der Regierung sitzen im Revolutionsrat, der ihn vor ein Militärgericht stellen wird. Am letzten Donnerstag hatte Ben Bella zirkulierende Gerüchte über Zwistigkeiten in der algerischen Regierung mit folgenden Worten dementiert: «Unsere revolutionäre Führung wird einmal mehr den Behauptungen jener, die ihren Misserfolg erwarten und erhoffen, das deutlichste Dementi dadurch geben, dass sie immer ihre Einheit bewahren wird». Wie man sieht, keine Erklärung in seinem eigenen Namen, sondern im Namen der Revolution. Sie war einen Kabis wert, was wenigstens niemand dementieren wird, der heute im Namen der Revolution spricht.

Und die algerische Einheitspartei, der FLN, die gesamte öffentliche Meinung des Landes? Sie stand, wenigstens in den Augen aller revolutionärer und halbrevolutionärer Fortschrittler bisher doch ebenso geschlossen hinter ihrem revolutionären Führer, wie sie jetzt gegen ihn ist, oder nicht? Dann soll mir aber jemand sagen, dass die revolutionäre öffentliche Meinung Algeriens wenigstens in diesem Fall keine Farce war, nicht einmal soviel wert wie ein paar Panzer, die vor dem Sitz des Präsidenten auffahren.

Und im Ausland? Die afro-asiatische Solidarität, zu der Ben Bella eingeladen hatte, findet ohne ihn statt. Und die sozialistische Solidarität mit ihm, der unter anderem den Titel «Held der Sowjetunion» trug? Gilt die Auszeichnung noch, die ihm persönlich verliehen wurde? Wenn nicht, was ist sie wert? Für mehr als eine Milliarde Menschen galt Ben Bella als würdiger Repräsentant der algerischen Revolution, wenigstens wenn wir jenen glauben wollen, die sich anheischig machen, im Namen dieser Menschenmassen zu sprechen. Jetzt werden diese weltumspannenden Menschenmassen Ben Bella schmerzlos vergessen, wenn wir ihren gleichen Vertretern glauben wollen.

Nein, das ist weder so banal noch so wohlfeil. Denn übermorgen ist man ja doch wieder bereit, den Herrschaften zu glauben.

Christian Brügger

Fortsetzung von S. 10

auf. Das bezieht sich nicht auf jene Art von Demokratie, die nach Ansicht etlicher afrikanischer Führer innerhalb des Einparteiensystems bestehen kann. Gemeint ist vielmehr eine Entwicklung, die gelegentlich zu einem Zustand führen wird, in welchem der «Parti Socialiste Destourien» nicht länger die einzige tatsächliche politische Macht des Landes sein wird. Nicht, dass diese Meinung, die ich von guten tunesischen Beobachtern äussern hörte, von offiziellem Gewicht wäre, aber sie nimmt sich glaubwürdig aus. Burgibas Verhalten dem tunesischen Volk gegenüber zeugt jedenfalls von einem sehr persönlich aufgefassten Verantwortungssinn.

Mehrmals sah ich den Präsidenten durch die Strassen von Tunis und andern Städten fahren. Nur eine kleine Polizeieskorte begleitete ihn jeweils, und von besonderen Vorsichtsmassnahmen war nichts zu merken. Ein ideales Ziel für einen Attentäter, wenn man so will, und gerade in einer Zeit, in der internationale Spannungen Tunesien mit einbezogen haben. Aber Burgiba fährt häufig im offenen Wagen herum, wird von der Menge auf die Schultern genommen, wann immer er in der Oeffentlichkeit erscheint. Dieses Gefühl will er nicht gegen Sicherheitsvorkehrungen tauschen. Wie de Gaulle hat auch er einen ausgesprochenen Sinn für seine Sendung.

Unmilitaristisch

Für mich besteht kaum ein Zweifel daran, dass die öffentliche Meinung dem Präsidenten einmütig zur Seite steht, wenn auch in einem Einparteienstaat beweiskräftige Unterlagen zu einer solchen Annahme fehlen. Immerhin war ich Zeuge nicht nur der Demonstration für Burgibas Palästina-Plan in Tunis, sondern auch eines triumphalen Empfanges, der ihm anlässlich eines Besuches im Süden in Sfax zuteil wurde. Man kann derlei natürlich nicht mit nachweislicher Genauigkeit werten, aber da war bei diesem Besuch eine Stimmung, die nicht hätte bestehen können, wenn die Massen nur organisiert gewesen wären, nur kommandiert zu Beifall und Singen. Wenn Burgiba im offenen Wagen durch eine tunesische Stadt fährt, kann man einfach nicht glauben, dass das Willkommen, das ihm zuteil wird, nicht echt sein könnte. Zu alledem fehlt jeder militärische Einschlag; Burgiba selbst erscheint nie in Uniform.

Das alles sind Eindrücke, nicht mehr. Eindrücke um schwer fassbare Erscheinungen der politischen Atmosphäre. Wirtschaftlich steht in Tunesien alles vortrefflich, wenn man vernünftige Massstäbe anlegt. Aber politisch bleiben, obwohl Habib Burgiba zweifellos eine bemerkenswerte Persönlichkeit und ein fähiger Präsident ist, noch etliche grundsätzliche Fragen offen, die bis jetzt nicht beantwortet sind. ■

Fortsetzung von S. 3

um macht die Forderung nach einer rückhaltlosen Unterstützung der demokratischen Kräfte nur um so dringlicher. Dazu muss man sich freilich überzeugen lassen, dass sie erstens da sind, und zweitens die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit finden. Danach ist auch die Skepsis an ihrer Wirksamkeit in Lateinamerika grundsätzlich nicht angebracht. Ihre verhältnismässige Unwirksamkeit rührt ja nicht zuletzt davon her, dass es ihnen an zutrauender Unterstützung fehlte, dass man sich immer wieder von der falschen und völlig untauglichen Alternative zwischen «rechts» und «links», zwischen Reaktion und Castrismus verleiten liess. Die echte Alternative aber lautet: Demokratie oder Diktatur.

Zu dieser Problematik kommen noch zusätzliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, die den notwendigen Fortschritt beeinträchtigen. Rohstoffe stellen das hauptsächliche Exportgut der lateinamerikanischen Länder dar. Und hier hat der internationale Handel eine für diesen Kontinent sehr ungünstige Entwicklung genommen, da die Rohstoffpreise stark gesunken sind. Die Zahlen hierzu sind eindrücklich:

Im Zeitraum zwischen 1955 und 1960 hat der Preisfall der Rohstoffe Lateinamerika einen Verlust von 7720 Millionen Dollar im Vergleich zur vorhergehenden Fünfjahresperiode 1950 bis 1954 gebracht, dies wohlverstanden auf der Preisbasis dieser ersten Jahre gerechnet.

Das aber heisst nichts anderes, als dass der lateinamerikanische Verlust durch die sinkenden Rohstoffpreise zwischen 1955 und 1960 höher war als die Summe ausländischer Kapitalinvestitionen im gleichen Zeitraum. Diese beliefen sich auf 7710 Millionen Dollar.

Das ist nur ein Beispiel, das auf besonders eindrückliche Art zu zeigen vermag, dass nicht nur die Demokratie, sondern auch der wirtschaftliche Fortschritt in Lateinamerika ein schweres Leben hat. Die Verführungskraft eines totalitären Wirtschaftssystems wird dadurch gehoben. Und trotzdem entspricht dies nicht dem Willen der Bevölkerung. Um so grössere Unterstützung verdient sie in ihrem Streben nach Werten, die auch für uns massgebend sind. *S. Herrera*

Im Mai 1963

veröffentlichte die ägyptische Zeitung «Al Ahram» ein Interview ihres Korrespondenten Loutfi el Kholi mit dem jetzigen algerischen Chef, Oberst Boumedienne, damals frisch gebackener Vizeministerpräsident.

Laut dem Korrespondenten habe Ben Bella das Gespräch eröffnet, Boumedienne mit folgenden Worten vorgestellt: «Das ist der Mann, der die Komplotte gegen mich vorbereitet...» Und mit einem Lachausbruch habe er sich an diesen direkt gewandt: «Wie gehen denn die Intrigen?» Worauf Boumedienne, rot vor Verlegenheit, geantwortet habe: «Sehr gut, danke.»